

Als der Bundesrat im Bosnienkrieg Solidarität über eine rigide Neutralität stellte

Neu zugängliche diplomatische Dokumente zeigen, wie die Schweiz 1995 mit Themen konfrontiert war, die erstaunlich aktuell sind: die Verhandlungen mit der EU, die Wahrung der Handelsinteressen in der Welt, der Vorsitz in der OSZE.

Christoph Wehrli

02.01.2026, 13.30 Uhr ⌚ 3 min

 Hören   

Im neuen Jahr hat die Schweiz zum dritten Mal den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die seit Russlands Angriff auf die Ukraine zu einem grossen Teil blockiert ist. Als die Schweiz vor dreissig Jahren die gleiche Funktion erstmals ausübte, waren die Wirkungsmöglichkeiten der Organisation, die erst 1994 aus der entsprechenden Konferenz, der KSZE, hervorgegangen war, wesentlich besser. Die Schweiz ihrerseits (damals noch nicht in der Uno) hatte laut dem Aussenminister Flavio Cotti «diese Herausforderung gesucht», um der internationalen Gemeinschaft einen angemessenen Beitrag zu leisten und ihre offene Haltung zu manifestieren ist.

Die Vorbereitungen des Aussendepartements spiegeln sich – neben der anderen Tätigkeit – auch in den ausgewählten Akten des Jahres 1995, welche die Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis) erneut unmittelbar nach Ablauf der Sperrfrist publiziert hat.

Friedensdiplomatie der OSZE

1995 sind oder waren bereits mehrere Schweizerinnen und Schweizer für die OSZE in Osteuropa und der Kaukasusregion tätig und können von ihren Erfahrungen in der Friedensdiplomatie berichten, beispielsweise von der Verhinderung einer Eskalation zwischen Kiew und der Krim oder aber von der physischen Bedrohung der Mission in Tschetschenien. Die Organisation ist eher schwach ausgestattet und politisch stark von den USA abhängig. In Washington, Ottawa und Bonn sehe man sie als wichtiges Mittel «zur Abfederung der Nato-Erweiterung», hält Cotti nach dortigen Besuchen fest. Ihm liegt an einer gewissen Autonomie der OSZE. Und «europäische Sicherheitspolitik ohne Russland ist nicht denkbar».

Mit Blick auf das zerfallene Jugoslawien plädiert Cotti für den Einbezug der Kosovo-Frage in eine umfassende Friedensregelung, doch die USA vermitteln vorerst in Dayton eine Lösung für Bosnien-Herzegowina, wo die OSZE eine grosse Rolle zu spielen haben wird: Überwachung der Wahlen, der Menschenrechte und des Demokratieaufbaus sowie Massnahmen der militärischen Vertrauensbildung und Abrüstung.

Im Zuge des starken Engagements in der OSZE und auch bilateral für die Stabilisierung im Westbalkan stellt der Bundesrat die Solidarität in neuartiger Weise über eine rigide Neutralität: Er bewilligt den Transit von Nato-Truppen für die Absicherung des Friedens in Bosnien – für einen Einsatz, der «die Unterstützung der ganzen Welt» hat, wie Cotti erklärt. Das Mandat des Uno-Sicherheitsrats folgt einige Tage danach.

Bilaterale Ernüchterung

In der Europapolitik im engeren Sinn, den bilateralen Verhandlungen mit der EU, agiert die Schweiz in wichtigen Punkten aus der Defensive. Beim Strassenverkehr lanciert Brüssel, wie man im Wirtschaftsdachverband konstatiert, einen «Frontalangriff» auf die 28-Tonnen-Limite, die man durch den Transitvertrag gesichert geglaubt hat. Und bei der Personenfreizügigkeit genügen die Zugeständnisse Berns eindeutig nicht. Gleichzeitig schränkt das Volk den Handlungsspielraum der Regierung ein, 1994 mit der Annahme der Alpeninitiative (Gütertransit nur auf der Schiene), 1995 mit dem Nein zu einer Liberalisierung des Grundstückserwerbs. Nach diesem Dämpfer sind sich mehrere Bundesratsmitglieder einig, «dass das Ausländerproblem nun angepackt werden muss». Kaspar Villiger schlägt eine Aussprache nach den Sommerferien vor – sie findet indes nicht statt.

Handel als «Vehikel der Freiheit»

Der Wahrung der handelspolitischen Interessen dienen im Weiteren Reisen von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz mit Wirtschaftsvertretern in Nicht-EU-Länder: ins Baltikum, nach Indien und China, Ägypten, Brasilien und Mexiko. Werden dabei auch die immateriellen Ziele verfolgt, die im aussenpolitischen Bericht von 1993 festgehalten worden sind?

Am Jahrestreffen der Schweizer Botschafter spricht Franz Blankart, Staatssekretär für Aussenwirtschaft, grundsätzlich über Handel und Menschenrechte, nicht ohne Spitzen gegen das EDA. Er wendet sich gegen den Einsatz wirtschaftlicher Mittel für politische Ziele und umgekehrt, bezweifelt die Wirkung von Sanktionen gegen repressive Regime, sagt aber auch, Diktaturen seien «mittel- und langfristig schlechte Wirtschaftspartner», und vertraut schliesslich darauf, «dass der Handel eines der wichtigsten Vehikel der Freiheit ist», da er Wohlstand und Verbindungen schaffe. Vor allem die seitherige Entwicklung in China steht dieser Auffassung entgegen, was zeitgeschichtliche Dokumente wie Blankarts Argumentation nicht weniger lesenswert macht.